S 17 RJ 595/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	19
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 17 RJ 595/00
Datum	30.01.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 19 R 268/03
Datum	16.03.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 30.01.2003 wird zurückgewiesen.
II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Gewährung von Rente wegen Erwerbsunfähigkeit über den Dezember 1999 hinaus.

Der 1955 geborene Kläger hat nach seinen Angaben eine kaufmännische Lehre im Jahre 1972 ohne Prüfung abgebrochen. Er hat danach als Brauereiarbeiter, Fahrer, Heimarbeiter gearbeitet und war zuletzt von 1981 bis Juli 1991 als Malerhelfer bei einer Firma für Bautenschutz beschäftigt.

Aufgrund einer psychischen Erkrankung (im Wesentlichen Angstneurose) bezog er vom 01.04.1993 bis 31.12.1994 Rente wegen Berufsunfähigkeit (BU) auf Zeit und vom 01.01.1995 bis 31.12.1999 Rente wegen Erwerbsunfähigkeit (EU) auf Zeit.

Am 11.11.1999 beantragte der Kläger die Weitergewährung der Rente wegen EU. Die Beklagte ließ in daraufhin  zum wiederholten Male  durch die Ärztin für Neurologie und Psychiatrie Dr.N. untersuchen und begutachten. Diese diagnostizierte im Gutachten vom 31.12.1999 eine abklingende Angstneurose mit leichten Somatisierungstendenzen und hielt den Kläger nun für fähig, leichte Arbeiten allgemeiner Art (z.B. Brotastigkeiten, leichte Lagerarbeiten) vollschichtig auszuüben.

Die Beklagte lehnte die Weitergewährung der Rente mit Bescheid vom 24.01.2000 ab, da der Kläger über den Dezember 1999 hinaus nicht berufs- oder erwerbsunfähig sei.

Der Kläger erhob dagegen Widerspruch. Die Beklagte holte eine Stellungnahme ihres ärztlichen Dienstes, Dr.L. , ein und wies den Widerspruch mit Bescheid vom 29.05.2000 zurück. Der Kläger könne zwar seinen erlernten Beruf als Maler nicht weiter ausüben, doch sei er verweisbar auf Berufstastigkeiten in Lagerverwaltung, Werkzeug-, Waren- oder Materialausgabe, als Fachberater für Farben, Lacke, Tapeten und Malerzubehor in einem Bau- oder Hobbymarkt.

Gegen diese Entscheidung hat der Kläger am 29.06.2000 Klage beim Sozialgericht Nürnberg (SG) erhoben. Sein Gesundheitszustand habe sich keineswegs gebessert; die Aufnahme einer Erwerbstastigkeit berge vielmehr die Gefahr einer weiteren Verschlechterung wegen der zu erwartenden Stressbelastung.

Das SG hat einen Befundbericht des Allgemeinarztes Dr.K. zum Verfahren beigenommen und den Arzt für Neurologie und Psychiatrie Dr.J. zum ärztlichen Sachverständigen bestellt. Dieser hat das Gutachten vom 18.06.2001 nach ambulanter Untersuchung des Klägers erstattet. Er ist zu dem Ergebnis gelangt, dass der Kläger unter Beachtung einiger qualitativer Einsatzbeschränkungen noch in Vollschicht leichte und teilweise mittelschwere körperliche Arbeiten verrichten könne.

Auf Antrag des Klägers hat der Nervenarzt Dr.B. B. das weitere Gutachten vom 09.09.2002 erstattet. Auch er ist zu dem Ergebnis gelangt, dass der Kläger noch leichte und mittelschwere Arbeiten insgesamt in Vollschicht leisten könne.

Mit Urteil vom 30.01.2003 hat das SG die Klage  gerichtet auf Weitergewährung von Rente wegen EU, hilfsweise wegen BU  abgewiesen. Der Kläger könne auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch leichte und zeitweise mittelschwere Arbeiten in Vollschicht leisten, wie sich aus den Gutachten von Dr.J. und Dr.B. berzeugend ergebe. Als bisheriger Beruf des Klägers sei die Arbeit eines Malerhelfers anzusehen, die dem Leitberuf des angelernten Arbeiters zuzuordnen sei. Der Kläger sei verweisbar z.B. auf die Tastigkeit eines Museumwarters wie auch auf die eines Telefonisten oder auf Büro- oder leichte Lagerarbeiten. Nach den Feststellungen der ärztlichen Sachverständigen verfage der Kläger auch über die erforderliche Anpassungs- und Umstellungsfähigkeit. Dem Kläger stehe schließlich auch keine Rente wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung nach der seit 01.01.2001 geltenden

Neuregelung zu.

Gegen dieses Urteil richtet sich die am 13.05.2003 beim Bayer. Landessozialgericht eingegangene Berufung des KlÄxgers. Durch seinen BevollmÄxchtigten verwies er auf die Wechselwirkungen zwischen der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung und vertrat die Auffassung, dass eine Verweisung auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht zulÄxssig sei.

Der Senat hat Befundberichte des Neurologen Dr.H. vom 15.07.2004 und des Allgemeinarztes Dr.K. vom 19.07.2004 zum Verfahren beigegeben.

Auf Veranlassung des Gerichts hat der Arzt fÄx¼r Neurologie und Psychiatrie Dr.W. das Gutachten vom 02.11.2004 (nach ambulanter Untersuchung des KlÄxgers bei Hausbesuch am 27.10.2004) erstattet. Er hat folgende Diagnosen genannt: Hysterisch akzentuierte PersÄxlichkeit, belastungsreaktive chronische AngststÄxrung mit Somatisierungen.

Dem KlÄxger seien weiterhin mindestens leichte bis mittelschwere Arbeiten zumutbar. Eine gravierende kÄxörperliche Behinderung sei bei ihm nicht festzustellen. Hinsichtlich des KonzentrationsvermÄxgens bzw der intellektuellen LeistungsfÄxhigkeit fÄx¼hle sich der KlÄxger selbst nicht eingeschrÄxnkt, was insoweit mit testpsychologischen Ergebnissen Äx¼bereinstimme. Der KlÄxger kÄx¶nne weiterhin vollschichtig bei durchschnittlicher Belastung und betriebsÄx¼blichen Bedingungen arbeiten. Die von ihm reklamierte Äx¼ffentlichkeitsangst Äx¼berzeuge nicht.

Der KlÄxger beantragt, das Urteil des SG NÄx¼rnberg vom 30.01.2003 sowie den Bescheid der Beklagten vom 24.01.2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2000 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, Äx¼ber den Dezember 1999 hinaus Rente wegen EU, hilfsweise wegen BU zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung des KlÄxgers zurÄx¼ckzuweisen.

Dem Senat haben die Verwaltungsakten der Beklagten und die Prozessakte des SG NÄx¼rnberg vorgelegen. Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den gesamten Akteninhalt Bezug genommen.

EntscheidungsgrÄx¼nde:

Die Berufung des KlÄxgers ist form- und fristgerecht eingelegt und auch im Äx¼brigen zulÄxssig.

Das Rechtsmittel des KlÄxgers erweist sich als nicht begrÄx¼ndet.

Das SG hat zutreffend entschieden, dass dem KlÄxger Rente wegen BU bzw EU nach [Äx¼§ 43, 44 SGB VI](#) (in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung) Äx¼ber Dezember 1999 hinaus nicht zusteht; dies gilt gleichermaÄx¼ßen fÄx¼r die Rente

wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung nach der seit 2001 geltenden Neuregelung. Das SG konnte sich dabei auf die Untersuchungen und Begutachtungen des KlÄxgers durch Dr.N. vom 31.12.1999, durch Dr.J. vom 18.06.2001 und Dr.B. vom 09.09.2002 stÄ¼tzen. Es hat die bestehenden GesundheitsstÄ¼rungen des KlÄxgers, die ganz Ä¼berwiegend dem psychiatrischen Fachgebiet zuzuordnen sind, berÄ¼cksichtigt und leistungsmÄ¼ßig bewertet. In fehlerfreier Auswertung der SachverstÄ¼ndigengutachten ist es zu dem Ergebnis gelangt, dass der KlÄxger kÄ¼rperlich leichte und teilweise mittelschwere Arbeiten allgemeiner Art in Vollschicht verrichten kann. Die SachverstÄ¼ndigen hatten dazu Ä¼bereinstimmend hervorgehoben, dass beim KlÄxger auch durch die GewÄ¼hrung der mehrjÄ¼hrigen Zeitrente eine Entfremdung vom Berufsleben eingetreten ist und ein RÄ¼ckzug in die Familie, mit der Entwicklung hin zum Hausmann, erfolgt ist. Sie haben auch auf eine mangelnde Therapiebereitschaft des KlÄxgers bezÄ¼glich der Grunderkrankung (AngststÄ¼rung mit Somatisierungstendenz) hingewiesen.

Dieses vom SG gefundene Ergebnis ist durch die Begutachtung im Berufungsverfahren in vollem Umfang bestÄ¼tigt worden. Auch Dr.W. hat bei dem KlÄxger eine belastungsreaktive chronische AngststÄ¼rung mit Somatisierungen bei hysterisch akzentuierter PersÄ¼nlichkeit diagnostiziert und ist zu dem Ergebnis gelangt, dass der KlÄxger noch bzw wieder in der Lage ist, zumindest leichte bis mittelschwere Arbeiten insgesamt in Vollschicht zu leisten. Auch er hat darauf hingewiesen, dass der KlÄxger bis derzeit nicht die ihm jahrelang empfohlene angemessene Therapie in Angriff genommen hat, woraus der SachverstÄ¼ndige geschlossen hat, dass einfach kein ausreichender Leidensdruck hierfÄ¼r besteht. Gravierende kÄ¼rperliche Behinderungen waren beim KlÄxger nicht festzustellen. Wegen seiner psychischen Stigmatisierung sollte er aber Arbeiten auf Leitern und GerÄ¼sten (wie etwa im Beruf des Malerhelfers anfallend) nicht mehr verrichten. Hinsichtlich des KonzentrationsvermÄ¼gens und der intellektuellen LeistungsfÄ¼higkeit waren beim KlÄxger keine EinschrÄ¼nkungen zu erkennen. Dr.W. hat den KlÄxger auch fÄ¼r uneingeschrÄ¼nkt wegefÄ¼hig erachtet. Die vom KlÄxger reklamierte Ä¼ffentlichkeitsangst Ä¼berzeugte den SachverstÄ¼ndigen nicht, da der KlÄxger unter angemessener Therapie zu einer ausreichenden Habituation in der Lage sei. Bei Ä¼bereinstimmender LeistungseinschrÄ¼tzung durch vier unabhÄ¼ngige SachverstÄ¼ndige seit 1999 ist der KlÄxger auch nach der Ä¼berzeugung des Senats nicht als berufs- oder gar als erwerbsunfÄ¼hig anzusehen. FÄ¼r den Senat erweist sich insbesondere die zuletzt vorgenommene Leistungsbeurteilung durch Dr.W. als schlÄ¼ssig und begrÄ¼ndet und im Ergebnis Ä¼berzeugend. Dem sozialmedizinisch erfahrenen SachverstÄ¼ndigen haben alle medizinischen Befundunterlagen seit der ersten Rentenantragstellung vorgelegen. Er hat das Gesamtbefinden des KlÄxgers im Verlauf dargestellt und gewÄ¼rdigt und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, dass beim KlÄxger zumindest seit 1999 â¼ in Ä¼bereinstimmung mit den Vorgutachtern â¼ keine zeitliche LeistungseinschrÄ¼nkung fÄ¼r leichte und teilweise mittelschwere Arbeiten mehr anzunehmen ist. Der KlÄxger ist demnach in Auswertung aller vorliegenden SachverstÄ¼ndigengutachten seit Ende des Jahres 1999 nicht mehr berufs- oder erwerbsunfÄ¼hig iS des Gesetzes.

Das SG hat auch zutreffend herausgestellt, dass der KlÄxger nicht als Facharbeiter

zu beurteilen ist, sondern allenfalls als angelernter Arbeiter des oberen Bereiches (mit einer Anlernzeit für einen Ungelernten bis zu einem Jahr). Der Kläger hat keine Berufsausbildung abgeschlossen und war im zuletzt ausgeübten Beruf des Malerhelfers seit 1981 bis zur Rentengewährung nur etwas mehr als 5 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt. Wenn das SG daraus die Überzeugung gewonnen hat, dass der Kläger nicht über die theoretischen Kenntnisse und praktischen Fertigkeiten eines Maler-Facharbeiters in voller Breite verfügt hat, ist dies rechtlich nicht zu beanstanden. Das SG hat als zumutbare Verweisungstätigkeiten die eines Museumswärters oder Telefonisten genannt, die den Kläger gesundheitlich nicht überfordern und ihm sozial zumutbar sind. Im Übrigen ist von allen seit 1999 angehörten Sachverständigen bestätigt worden, dass der Kläger die erforderliche Anpassungs- und Umstellungsfähigkeit besitzt, um sich auf neue berufliche Anforderungen einzustellen. Ob dem Kläger ein derartiger Arbeitsplatz, wie vom SG beschrieben, tatsächlich vermittelt werden kann, ist für die Prüfung des Rentenanspruchs rechtlich ohne Bedeutung.

Da bei dem Kläger über Dezember 1999 hinaus BU und auch EU nicht mehr vorgelegen hat, war seine Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg mit der Kostenfolge aus [§ 193 SGG](#) zurückzuweisen.

Gründe für die Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 09.09.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024